STADT HÖRSTEL

BESCHLUSS

der Sitzung des Ausschusses für Familie, Generationen und Soziales der Stadt Hörstel
vom Dienstag, den 01.04.2025.

5. **Bezahlkarte für Geflüchtete zur Auszahlung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)**

Die Ausschussvorsitzende rief den Tagesordnungspunkt auf und wies darauf hin, dass die FDP im März 2024 die Einführung des Bezahlkartensystems beantragt habe. Dieser Antrag sei im Hinblick auf die unklare Rechtslage verschoben worden. Am 03.02.2025 habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ablehnung der Bezahlkarte für Geflüchtete beantragt.

Ausschussmitglied Scherer teilte mit, dass die Regierung im März 2024 eine schnelle Regelung gesucht habe. Die Ziele des Bezahlkartensystems helfen keinem Geflüchteten. Der Antrag sei überholt durch die Rechtslage.

Abschließend erging folgender

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hörstel lehnt die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete ab. Die Stadt Hörstel erbringt die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Regelfall nicht in Form der Bezahlkarte (§4 Abs. 1 BKV NRW). Die Verwaltung wird beauftragt, die bisherige Praxis der Leistungsauszahlung beizubehalten.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)